Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 73 (1998)

Heft: 2

Rubrik: Blick über die Grenzen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

spielsweise also F-117 und B-2, auf wesentlich grössere Distanzen zu erkennen, als dies bis jetzt technisch möglich war. • **Türkei** • Daimler-Benz Aerospace AG (DASA) in München ist Hauptauftragnehmer im Rahmen der Kampfwertsteigerung türkischer McDonnell Douglas F-4E Phantom II. Elbit, Israel, ist dabei ein Unterauftragnehmer, welcher Avonik-Ausrüstung liefert. Die türkische Küstenwache beschafft fünf Hubschrauber Agusta Bell 412. • **USA** • Lockheed Martin und Northrop Grummen entwickeln gegenwärtig im Rahmen eines Kredites von 15 Mio US-Dollar sogenannte MAV (Micro Air Vehicles). Dabei handelt es sich um etwa 15 cm kleine – also handgrosse, ferngesteuerte Flugzeuge, welche beispielsweise für Aufklärungsmissionen oder als Waffen auf Brigadestufe und tiefer eingesetzt werden können. Gegenwärtig sind bei Lockheed Martin 73 Transportflugzeuge C-130J Hercules II in den Auftragsbüchern; 25 für Grossbritannien, 18 für Italien, 12 für Australien, 7 WC-130J für die USAF, 3 KC-130J für das Marine Corps und 4 C-130J für die Maryland Air National Guard. • **USAF** • Tracor Inc. hat einen Auftrag zum Umbau von weiteren 24 McDonnell Douglas F-4 Phantom II zu umbemannten Zielflugzeugen QF-4 erhalten.

BLICK ÜBER DIE GRENZEN

ITALIEN

Zustimmung für Flugzeugträger erwartet

Der italienische Verteidigungsminister erwartet für 1998 die Zustimmung des Parlaments in Rom zum Bau des ersten Flugzeugträgers für die italienische Marine.
Das Schiff soll auf 18 000 Tonnen ausgelegt werden. Die Kosten werden auf etwa 1,5 Milliarden Franken geschätzt. Drei Aufgaben sind für das neue Schiff vorgesehen: Der Hauptzweck ist, Jagdflugzeugen und Hubschraubern als Start- und Landebasis zu dienen; ferner ist auch eine Unterstützung durch Aufnahme von Marineinfanterie-Einheiten bei amphibischen Landeoperationen gedacht. Drittens soll der Träger als Kommando- und Flaggschiff dienen. In der Konzeption soll der Träger an der amerikanische «TARAWA»-Klasse orientiert werden. *- Rene -*

JAPAN – CHINA

Kooperation in Verteidigungsfragen zwischen Japan und China

Japan und China haben sich auf eine engere Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen verständigt.
Bei einem Gipfeltreffen in Tokio haben sich der japanische Regierungschef Ryutaro Hashimoto und sein chinesischer Kollege Li Peng geeinigt, diesem Thema künftig mehr Bedeutung zuzumessen. Sie vereinbarten zunächst die Entsendung von Chinas Verteidigungsminister Chi Haotian nach Japan, um den Dialog in der Verteidigungspolitik voranzubringen.
Das Verhältnis zwischen China und Japan ist unter anderem durch die Erinnerung an die japanische Besatzung im Zweiten Weltkrieg sowie den Streit um eine Inselgruppe belastet, der bei dem Treffen allerdings ausgeklammert werden sollte. *-Rene-*

ÖSTERREICH

Aktuelle Probleme der österreichischen Landesverteidigung

Der Generaltruppeninspektor des Bundesheeres, General Karl Majcen, bemängelt die unzureichende Ausstattung des Bundesheeres mit Finanzmitteln und Personalplanstellen und erklärt den Reaktionsbedarf der militärischen Führung. Er fordert eine rasche Grundsatzentscheidung über die Flugzeugnachbeschaffung und spricht sich wiederholt gegen die Aufgabe der allgemeinen Wehrpflicht aus.
Bei einem Vortrag im November 1997 in Wien nahm Generaltruppeninspektor General Karl Majcen ungewöhnlich eindeutig zu einigen Anliegen des Bundesheeres Stellung: unter anderem zum Budget, zur Flugzeugnachrüstung und zur Berufsheerdiskussion.
General Majcen beklagte die Finanzlage des Heeres und die unzureichende Dotierung des Heeres im Jahr 1997 nicht als Spezifikum, sondern deshalb, weil sich angesichts der Doppelbudgetierung für 1998 und 1999 kein Aufwärtstrend zeigt und der bereits vor einem Jahr angesprochene Handlungsbedarf für das Militär noch verstärkt werde. Der Vorsitzende des parlamentarischen Landesverteidigungsausschusses, der Abgeordnete zum Nationalrat Herbert Scheibner (FP), kritisierte das beschlossene LV-Budget 1998 als «Katastrophenbudget». (Die Ausgaben steigen bloss von 20,9 auf 21,4 Milliarden Schilling und werden dem Bedarf des Heeres in keiner Weise gerecht.) Mit diesem Budget könne nicht einmal ein Notbetrieb aufrechterhalten werden, meinte der Abgeordnete im Parlament.

Realismus greift im Heer um sich

General Majcen betonte seine Enttäuschung über die politische Führung. «Die Einschätzung der militärischen Führung über die politischen Durchsetzungschancen betreffend Budget und damit auch im Planstellenbereich hat sich erneut bestätigt», meinte er und geisselte damit das Versagen der Politiker, das benötigte Geld für die Landesverteidigung und die erforderlichen Planstellen zur Verfügung zu stellen. Auch die nötige Sicherheit für die immer wieder besonders vom Rechnungshof geforderte längerfristige Planung sei damit nicht gegeben. Jetzt meinte der General «Realismus greift nun um sich. Von hier geht der grösste Druck zur Reaktion im Hinblick auf die Kosten des Bundesheeres aus. Wenn der Eigentümer, d. h. die Republik, aus welchen Gründen immer, dem Unternehmen Bundesheer die Mittelzufuhr nun seit Jahren unter den Erfordernissen hält, dann muss die Unternehmensleitung reagieren. Zusammen mit der Entscheidung, das Ressort hätte alle Zusatzkosten – und sei es auch in Erfüllung eines speziellen Regierungsauftrages wie dem Assistenzeinsatz an der Staatsgrenze zu Ungarn oder dem SFOR-Einsatz in Bosnien oder dem ALBA-Einsatz in Albanien – aus dem festgelegten Budget zu tragen, ist verstärkter Handlungsbedarf erwachsen», sagte der General. Die Adaptierung der Heeresorganisation (siehe Schweizer Soldat Heft 1/98) mit den erforderlichen Einsparungen sei deshalb die logische Folge.
Diese Kosten, z. B. für den Grenzeinsatz zu Ungarn von etwa 400 Millionen, fehlen dem Bundesheer ganz besonders. Majcen zur Dramatik: «Vor allem Letzteres hat zu einer Einengung jener Mittel geführt, die den von mir immer wieder genannten Investitionsstau – das Nicht-investieren-Können bei längst fälligen Anschaffungen – nicht nur prolongieren, sondern sogar noch erhöhen.»
General Majcen erklärte weiters, dass das Verfügbarmachen der Mittel für jene Zusatzkosten, die dem Heer durch die Assistenz an der Ostgrenze erwachsen, jährlich eine Rate für die dringenden «Radpanzerbeschaffungen», die so hoch auf der Prioritätenliste stehen, brächte. Enttäuscht und deshalb zynisch werdend schloss der Generaltruppeninspektor seine Ausführungen zum Heeresbudget: «Wenn man die Aufwendungen für die äussere Sicherheit gering halten will und sie damit zum dominanten Faktor für die Planung werden lässt, dann soll man das den Österreichern, darunter auch den Angehörigen des Bundesheeres – einschliesslich der Verantwortungsträger – klar und deutlich sagen: Motto: Soviel Geld – soviel Bundesheer!»

Zur Flugzeugnachrüstung

Eigentlich sollten die neuen Flugzeuge schon da, zumindest aber im Anflug sein. Doch davon ist keine Rede. General Majcen beklagte vor allem die fehlende Grundsatzentscheidung der Regierung, ob überhaupt Nachfolger für die Draken-Flugzeuge angeschafft werden sollen. «Im Zusammenhang mit der Fortsetzung des Planungsprozesses im zweiten Halbjahr wurde uns das Fehlen der Grundsatzentscheidung neuerlich schmerzhaft ins Bewusstsein gerückt.» Er appellierte in aller Form und mit dem gebotenen Ernst an die Politiker, dass es deshalb höchste Zeit für eine Entscheidung sei. «Wer Schengen-Aufgaben am Boden ständig im Munde führt, sollte nicht übersehen, dass der Luftraum auch zum Staatsgebiet gehört», formulierte der General drastisch. Auch zeigte er im Hinblick auf die Finanzierung des Bundes Verständnis, gab aber zu bedenken, dass die Lage «durch Aufschieben nicht einfacher» werde. Für das Bundesheer werde die Demotivation immer grösser: «Jeder Tag Zuwarten bringt in die österreichischen Luftstreitkräfte Zweifel, ob überhaupt der politische Wille an dem Erhalten einer leistungsfähigen fliegerischen Komponente besteht. Denn der Versuch, die Betroffenen positiv zu motivieren, kann bei allem Bemühen der militärischen Führung an die Grenze der Erfolgsaussichten stossen!» *- Rene -*

Berufsheer für Österreich?

Im vergangenen Sommer wurden aus bestimmten Kreisen Themen wie «Berufsheer anstelle der Wehrpflicht» hochgespielt. General Majcen wiederholte dazu noch einmal – wie schon vorher in öffentlichen Interviews – seine ablehnende Haltung: «Es sind reale Befürchtungen und ideelle Bedenken, die mich zu den folgenden Feststellungen veranlassen. Sie sind als öffentliche Bekundung einer ernstgemeinten Warnung vor übereilten Schritten gemeint. Darauf mit dem Hinweis auf andere Staaten zu antworten wäre nur zutreffend, wenn die Verhältnisse, die Möglichkeiten und Absichten vergleichbar sind. Das ist aber weder bei der militärstrategischen Lage, noch bei der Ausgangsposition und schon gar nicht beim Budget der Fall.» Der General verwies dann auf die wenig militärtauglichen Bestimmungen des Beamtendienstrechtes von heute und bezweifelte, dass «Legislative und Verwaltung plötzlich Voraussetzungen zu schaffen willens und in der Lage sind, um das Doppelproblem eines reinen Berufsheeres zu lösen: genug junge und fähige Bewerber und Bewerberinnen in die Streitkräfte hinein zu bekommen und den Grossteil davon auch wieder rechtzeitig (also vor dem Überaltern) auszuscheiden.»
Zweifelsfrei betonte der General, dass die beste «politische» Kontrolle von Streitkräften durch die Wehrpflichtigen erfolge, ob im Grundwehrdienst oder bei Wiederholungsübungen. Trotz aller Bemühungen um mehr «Professionalisierung» ist die Umstellung auf ein Berufsheer, welches nur noch aus Berufssoldaten bestünde, mit Sicherheit nicht die beste aller Lösungen für Österreich. Eindeutig plädierte der Generaltruppeninspektor dafür, dass man einige Elemente der Organisation in Bezug auf Ausrüstung und Aubildung stets auf dem modernsten Stand erhält und dabei «noch davon Nutzen zieht, was aus unserer Gesellschaft durch junge Wehrpflichtige aus allen Berufen eingebracht wird!»
Eine Tageszeitung in Österreich stellte nach dem Vortrag des Generaltruppeninspektors mit der Schlagzeile «Harte Militär-Kritik an Fasslabend» die reale Situation fest: Die Politik lässt das Bundesheer aus opportunistischen Gründen verkommen, und der ranghöchste Offizier des Bundesheeres erhebt seine Stimme. Es ist für Politiker unpopulär, in Zeiten wie diesen dem Heer das Notwendige zu geben oder dafür energisch zu kämpfen. Man erinnert sich eben zuwenig an die mahnenden Worte des österreichischen Bundespräsidenten: Man muss das populär machen, was notwendig ist! *- Rene -*

Grenzraumüberwachung: noch viele Jahre unverzichtbar

Der österreichische Verteidigungsminister Werner Fasslabend befürwortet die Verlängerung des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres (für die Gendarmerie) an der Ostgrenze auch weit über das Jahr 1999 hinaus. Auch das Staatsoberhaupt sprach sich für diesen «unverzichtbaren Dienst» aus. Er sei «unverzichtbar für uns Österreicher und unverzichtbar

für die europäische Sicherheit», stellte Bundespräsident Thomas Klestil fest. Neben dem Schutz der Grenze sei es aber auch notwendig, einen Beitrag zum Abbau der «Wohlstandskluft» in Europa zu leisten. Dies sei Aufgabe der Politik, so Klestil, «und für beides haben wir Österreicher gerade im Jahr der EU-Präsidentschaft (1998) eine besondere Verpflichtung.» Der Anlass für diese Bekenntnisse waren Besuche der Politiker bei den Soldaten anlässlich der Weihnachtsfeiertage und eine Fragestunde im Parlament.
Der Bundespräsident dankte den Soldaten für ihre Dienstleistung und warnte vor politischen Fehlinterpretationen: «Nicht die Menschen auf der Suche nach einer neuen Heimat» seien ein Feindbild. Das Feindbild sei vielmehr «die menschenverachtende Kriminalität, die Unterwanderung der staatlichen Ordnung, die Schlepper und die Drogenkuriere.»
Der Verteidigungsminister verwies auf die «verfassungsmässige Aufgabe» des Heeres, Assistenzleistungen im Sinne der Sicherheit zu erbringen. Der Einsatz sei nicht nur ein Anliegen der Bevölkerung, sondern auch für das Heer von Vorteil, weil ihnen auch ein Leben ausserhalb der Kaserne geboten würde. Besonders das untere Kader hätte immer wieder beste Gelegenheit, sein Führungsvermögen auch unter nicht leichten Bedingungen unter Beweis zu stellen. Für die Grundwehrdiener sei es sogar ein «Element der humanitären Weiterbildung», wenn sie unmittelbar mit Flüchtlingsschicksalen konfrontiert würden. Die Kosten beliefen sich pro Jahr auf etwa 380 Millionen S (45 Millionen Franken). Dies sei aber nur ein Bruchteil jener Summe, die aufgewendet werden müsste, wenn Polizei oder Gendarmerie die gleiche Leistung (wegen der höheren Personalkosten) erbrächten. Auch aus diesem Grunde sei es sinnvoll, das Heer zu diesem Assistenzdienst weit über das Jahr 1999 einzusetzen (das bisherige Übereinkommen der Bundesregierung sieht dies zumindest bis 1999 vor). Dem kann auch der für die Gendarmerie zuständige Innenminister (SP) nur zustimmen. Bis zur Verlegung der EU-Aussengrenze nach Osten und Südosten erscheint dies als die rationalste Lösung.
Minister Fasslabend betonte neuerlich den Zweck dieses Grenzdienstes: «Unser Bestreben ist es nicht, Menschen von unserem Land abzuhalten, sondern ihnen den gesetzlichen Weg zu öffnen. Die Soldaten geben der Bevölkerung das nötige Gefühl des Schutzes und der Geborgenheit in einer Zeit des Umbruchs. Er verwies zur Stärkung der Motivation der Soldaten auf den Ausspruch des verstorbenen US-Präsidenten John F. Kennedy: «Fragt nicht, was Euer Land für Euch tun kann. Fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt.»
Seit September 1990 stehen nun österreichische Soldaten an der Ostgrenze. Bis Ende 1997 waren es annähernd 150 000 Soldaten, die diesen Dienst leisteten. Pro Monat sind etwa 2000 Mann, bei einer monatlichen Ablöse also 24 000 Soldaten im Einsatz. Insgesamt wurden etwa 44 000 illegale Grenzgänger aufgegriffen, davon drei Viertel durch das Bundesheer. Die Grenzgendarmerie kontrolliert an den Grenzkontrollstellen und an Grenzüberwachungspunkten, das Bundesheer sichert hauptsächlich die «grüne Grenze» zwischen den Grenzübergängen.
Immer wieder gibt es deutliche Stimmen auch in Nieder- und Oberösterreich, das Heer als Assistenz für die Grenzüberwachung anzufordern. Doch damit wäre das Heer bei der derzeitigen Organisation mit den vorhandenen Grundwehrdienern überfordert.

- Rene -

Bundesheer erhält neuerlich Sparbudget

Mitte November wurde das Landesverteidigungsbudget im Parlament mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP (Regierungsparteien) beschlossen. Es sieht eine Steigerung der Ausgaben von bloss 20,9 (etwa 248,8 Millionen Franken) auf 21,4 Milliarden Schilling (etwa 254,7 Millionen Franken) vor und wird als «Sparbudget» bezeichnet.
Als Sparbudgets wären alle Haushalte für das Bundesheer der letzten zehn Jahre zu sehen, doch der neue Etat übertrifft alles bisherige. Verteidigungsminister Fasslabend erklärte dazu, das Budget müsse im Rahmen des gesamten Sparbudgets gesehen werden. Es sei dies ein erfolgreicher Weg der Regierung und ein massvoller Kurs, weil es keine tiefen Einschnitte gebe. Mit diesem Budget sei die «Fortsetzung der Modernisierung nur in massvollen Schritten möglich», sagte der Minister.
FPÖ-Wehrsprecher Herbert Scheibner warf dem Verteidigungsminister vor, die katastrophale finanzielle Situation» des Bundesheeres zu verharmlosen. In diesem Budget gebe es nicht einmal einen Schilling für die Bezahlung der bereits beschlossenen Neuanschaffungen. Der Minister solle endlich zugeben, dass das Heer den gestellten Aufgaben mit diesen Finanzmitteln nicht nachkommen könne, forderte er.
Der liberale Wehrsprecher Brigadier Hans Helmut Moser kritisierte Minister Fasslabend «als Garant für den Zusammenbruch der Landesverteidigung». Der Verteidigungsminister sei «der beste Verbündete der Grünen bei der Abschaffung des Bundesheeres».
Tatsächlich ist das österreichische Bundesheer in eine dramatisch schlechte Finanzsituation gelangt. Der Dienstbetrieb kann nur mit rigorosen Einsparungen aufrechterhalten werden, das zum Teil alte Gerät verfällt zunehmend, und Neuanschaffungen können nicht finanziert werden. Im Licht dieser Situation ist die beschlossene «Adaptierung» der bestehenden Organisation zu sehen, die 1998 eingeleitet worden ist . *- Rene -*

Ab 1. April 1998: Soldatinnen im Heer

Verteidigungsminister Werner Fasslaband hat es geschafft: Sein Ziel, Frauen als Soldatinnen den Zugang zum Heer auf freiwilliger Basis zu ermöglichen, ist erreicht: Ab April dieses Jahres rücken die ersten Rekrutinnen (unterster Dienstgrad: «Rekrut», bei männlichen Soldaten: «Wehrmann») vorerst zum Jägerregiment 5 nach Strass (Steiermark) ein.
Der Verteidigungsminister und seine Partei hatten dieses Ziel bereits in den Regierungsverhandlungen verankert. Die andere Regierungspartei (SP), und hier vor allem der «Frauenflügel», leistete lange hinhaltenden Widerstand, stimmte aber letztlich dem Vorhaben zu. Dementsprechend kam es zu Kompromissen, die vor allem die männlichen Soldaten benachteiligen und den Dienstbetrieb erschweren könnten.

Nur auf Freiwilligkeit
Völlig ausser Streit stand von Anfang an, dass Frauen nur freiwillig den Soldatenberuf ergreifen sollten. Dieser Grundsatz wurde aber nun soweit ausgedehnt, dass es ein «absoluter, jederzeit gültiger» Grundsatz geworden ist. Frauen können daher zum Beispiel jederzeit ohne Angabe von Gründen ihren Dienst beenden. Sie können während des Ausbildungsdienstes in keiner Weise – auch nicht auf freiwilliger Basis, zu irgendeiner Form des «Präsenzdienstes» (zum Beispiel für eine Auslandsverwendung) herangezogen werden. Sie dürfen einen Auslandsdienst nur freiwillig als Berufssoldatin übernehmen. Auch eine Verwendung als «Miliz- oder Reservesoldatin» ist deshalb nicht möglich.

Die Ausbildung
Nach Prüfung der geistigen und körperlichen Eignung kann die Bewerberin einrücken. Die Ausbildung beginnt mit einem zwölfmonatigen Ausbildungsdienst. Während der ersten sechs Monate (militärische Grundausbildung) gelten für die Frauen die gleichen Rechte und Pflichten wie für männliche Soldaten im Grundwehrdienst. Ab Beginn des siebenten Monates werden die rechtlichen Bestimmungen wie für Zeitsoldaten angewendet. Im Anschluss an die positive Absolvierung aller Ausbildungsschritte in diesen zwölf Monaten ist eine Aufnahme als «Militärperson auf Zeit» und in späterer Folge als «Berufsmilitärperson» vorgesehen. Hierbei gilt das «Bundes-Gleichbehandlungsgesetz für Frauen», das bei gleicher Qualifikation wie ein männlicher Kollege die bevorzugte Aufnahme und in weiterer Folge den beruflichen Aufstieg der Frau gebietet. Zum Unterschied zu ihren männlichen Kollegen haben die Frauen somit bei Vorliegen der Eignung einen Rechtsanspruch auf die Aufnahme in den Bundesdienst!
Den Frauen stehen somit «unter Bedachtnahme auf die grösstmögliche Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern» grundsätzlich sämtliche militärischen Laufbahnen und Verwendungsprofile offen. Deshalb werden die Frauen auch grundsätzlich die gleichen Ausbildungsgänge wie Männer – auch für Offiziere und Unteroffiziere bei allen Waffen- und Truppengattungen – absolvieren. Lediglich bei der Festlegung von bestimmten körperlichen Leistungskriterien ist eine Anpassung an die körperliche Leistungsfähigkeit der Frauen beabsichtigt.

Nachhollaufbahn
Frauen, die bereits am 1. Januar dieses Jahres dem Stand des Bundesheeres angehören (Zivildienste), können sich bis zum Ende dieses Jahres für eine Übernahme in den «Militärischen Dienst» (Zeit- und Berufssoldaten) melden. Unter Bedachtnahme auf bisher erworbene Kenntnisse und die angestrebte Verwendung wird dann die Gesamtdauer der Ausbildung festgelegt. Es sind gesetzlich mindestens sechs, höchstens 18 Monate dafür vorgesehen.

Bewertung
Der Verteidigungsminister hat mit diesem Ziel einen ersten politischen Erfolg erreicht. Ihm ist zuzustimmen, wenn er am Tag der gesetzlichen Beschlussfassung meinte: «Es ist für mich nicht nur einTag des Erfolges und der Freude für die betroffenen Frauen, sondern für alle Anhänger einer offenen Gesellschaft, die Menschen nicht danach beurteilen, welcher Rasse, welcher Religion oder welchem Geschlecht sie angehören, sondern sie nach ihren Fähigkeiten, nach ihren Neigungen, nach ihrem Charakter bzw. nach ihrer Leistungsbereitschaft versuchen zu beurteilen, und insofern ein Freudentag für uns alle.» Sicherlich ist es auch ein Beitrag zur Ermöglichung einer besseren Beurteilung des Bundesheeres. Die «geschlossene Männerwelt» wird durch Frauen unmittelbar beurteilt werden und der Soldat damit sicherlich das Image des «miles protector» besser vermitteln können.
Doch nicht alles ist positiv zu bewerten, und es hätte verwundert, wenn nicht von den Heeresgegnern der Samen des Zwistes gesät worden wäre. Die bevorzugte Übernahme von Frauen gegenüber Männern in den Bundesdienst – eine Art Übernahmegarantie – ist eine eklatante Ungerechtigkeit. Man hat in den letzten Jahren in fast allen Bereichen des Heeres exzellente junge männliche Kandidaten wieder ausscheiden lassen müssen, weil sie mangels einer Planstelle und deshalb mangels finanzieller Mittel nicht übernommen werden konnten. Diese Situation wird sich kaum ändern und wird – angesichts der Übernahmegarantie für Frauen – zu grossen Reibereien bei der Truppe führen.
Die zweite Ungereimtheit ist die jederzeitige Kündigungsmöglichkeit durch Frauen, auch im Kriegsfall. Eine absurde Lösung für Streitkräfte. Genauso unsinnig erscheint es, «Soldatin nur bei Schönwetter» sein zu müssen, das heisst nicht in der Miliz für eine Einsatzfunktion herangezogen werden zu können. Diese Überspitzung des «absoluten Freiwilligkeitsprinzipes» konnte auch nur Heeresgegnern einfallen. Es ist bedauerlich, dass Minister Fasslabend und seine Regierungspartei dies akzeptiert haben. Denn damit disqualifiziert man Frauen nur zum «Aufputz» bei Schönwetter. Zum Schutz der Gesellschaft in Krisen- und Kriegszeiten will man sie anscheinend nicht. Ob man diese gravierenden Schwachstellen in Zukunft ausmerzen wird können, wird sich zeigen. *- Rene -*

POLEN – ISRAEL

Polen kauft Panzerabwehrlenkwaffen von Israel

Polen und Israel haben Mitte Oktober 1997 einen Vertrag zur Bewaffnung und Ausrüstung polnischer «Huzar»-Hubschrauber geschlossen.
Wie das polnische Industrieministerium mitteilte, umfasse der Vertrag die Lieferung israelischer NTD-Panzerabwehrlenkwaffen im Wert von 800 Millionen US-Dollar. Um den Auftrag hatte sich neben der israelischen Firma Elbit und dem staatlichen israelischen Produzenten Rafael auch der US-Konzern Boeing beworben. Nach Berichten der US-Zeitung

«New York Times» wurde Polen von der US-Regierung wegen der Absage an Boeing kurz vor der NATO-Osterweiterung scharf kritisiert. *-Rene-*

RUSSISCHE FÖDERATIVE REPUBLIK

Der desolate Zustand der Armee

Neueste Nachrichten über den inneren Zustand der einstig so mächtigen Sowjetarmee (zurzeit: russische Armee) lassen uns aufschrecken. Unfähigkeit, Korruption und Mafia-Wirtschaft regiert im Moskauer Oberkommando. In Wladiwostok (Ferner Osten) wurde unlängst Igor Hmelnow vor Gericht gestellt. Er war bis vor kurzem als Admiral tätig. Mit Einverständnis von anderen hohen Offizieren hatte er aber 64 eigenmächtig ausgemusterte Kriegsschiffe einem «westlichen Land» verkauft. Das Geld sollte für Wohnungsbau der Kriegsmarine dienen; doch die Überweisung erreichte die Zahlstelle der Kriegsmarine nie. Schliesslich wurde der Admiral verurteilt: vier Jahre Haft und als Nebenstrafe: er dürfe danach zwei Jahre lang keinen Kommandoposten übernehmen.

Hierher gehört auch ein anderes Kriegsurteil. Generaloberst Kazakow hatte mehrere Millionen US-Dollar unterschlagen – er wurde zwar in U-Haft genommen, aber da er Teilnehmer im Krieg gegen Tschetschenien gewesen war, fiel er unter die Begünstigten, die eine allgemeine Amnestie von Moskau erhielten. Der General musste sich nur von seinem Rang verabschieden.

Auch über Ex-Verteidigungsminister Gratschow weiss man, dass er sich vor seiner Ablösung um sich und seine Familie gesorgt hatte. Und in Moskau ist es kein Geheimnis, dass Generaloberst Burlakow, der in der Ex-DDR die sowjetische Heeresgruppe befehligte und danach die Evakuierung der russischen Truppen in die Heimat bewerkstelligte, eigentlich den Waffenhandel in Ost- und Mitteleuropa für sich erfolgreich ausbaute. Er suchte und fand die Käufer, die bereit waren, die modernsten sowjetischen Waffen, die reichlich für einen Krieg in diversen Magazinen von in der DDR stationierten Truppen eingelagert waren, für «harte Währung» für sich zur eigenen Bereicherung zu verkaufen. Burlakow wurde von niemandem kontrolliert: Moskau war weit, die «Sowjetmacht» agonisierte, und der Generaloberst war «der kleine Gott» auf deutschem Boden – beauftragt mit der Räumung der sowjetischen Heeresgruppe. Dagegen befinden sich die Truppe und insbesondere Mannschaft und Truppenoffiziere in niedrigen Rängen in einem erbarmungslosen Zustand. Verschiedene Seuchen grassierten unter den Soldaten im Sommer, die meistens an der neuen russischen Grenze ohne ausreichende Behausung in Zelten wohnen. Offiziersfamilien leben in geräumten Schulhäusern: eine Familie in einem Zimmer. Es sind diejenigen Offiziere, die bis 1991 mit ihrer Truppe in Ost- und Mitteleuropa Dienst taten und mit der Auflösung des Warschauer Paktes nun «heimkehrten».

Russische Soldaten von heute.

Ex-Verteidigungsminister und Armeegeneral Pawel Gratschkow, wegen Korruption angeklagt.

Aus diesem moralischen Desaster versucht nun der neue russische Verteidigungsminister, der zum Marschall avancierte Sergejew, durch ein Radikalprogramm zu retten, was noch zu retten ist. Das «Zauberwort» heisst: rigorose Verkleinerung der Armee. Insbesondere unter der hohen Generalität will Sergejew aufräumen. Das Programm sollte bereits am 1. Januar 1998 in Kraft treten. Danach würde man in der russischen Armee lediglich 9 Armeegeneräle, 64 Generaloberste, 365 Generalleutnante und 1069 Generalmajore beschäftigen. Unter Breschnew (1982) waren 4000 Generäle in der Sowjetarmee. 1997 zählte die Generalität 2000 Personen. Ab 1999 sollten nicht mehr als 1400 hohe Chargen der Armee vorstehen. Es fehlt überall das Geld und der Wille, die Truppe den neuen Anforderungen anzupassen. Auch eine radikale Verjüngung des mittleren Offizierskaders steht noch aus. Soldaten und Offiziere sind heute nicht motiviert, Militärdienst auszuüben. Die meisten hoffen auf eine politische Wende: 1999 sollten Parlamentswahlen in Russland stattfinden.

P. Gosztony

UNGARN

Das «Stalingrad der Ungarn» am Don

Das Königreich Ungarn hatte sich 1942 mit einer Feldarmee am deutschen Sommer-Feldzug «Unternehmen Blau» beteiligen müssen. Diese Armee umfasste neun «leichte» Infanterie-Divisionen (in jeder Division waren lediglich zwei Inf Rgt und ein Art Rgt) und eine Panzerdivision. Letztere hatte vorwiegend deutsche Panzer und zählte 109 Kampfwagen. Ein gemischter Fliegerverband wurde der Armee nachträglich zugeteilt.

Die ungarische 2. Armee (so die offizielle Bezeichnung) umfasste etwa 200 000 Mann, einschliesslich 15 000 jüdische Arbeitsdienstler, welche letztere, jeweils in Kompaniestärke zusammengefasst, ohne Waffen und in Zivilkleidung unter militärische Bewachung als Bautruppen in Russland verwendet wurden. Es waren dienstpflichtige ungarische Juden, die man nach den damaligen antijüdischen Gesetzen «wehrunwürdig» betrachtete, sie jedoch nicht vom Krieg suspendiert hatte.

Oberbefehlshaber der 2. Armee war ein 59jähriger Generaloberst mit Namen Gusztav Jány, der bereits im Ersten Weltkrieg in der k. u. k. als Offizier gedient hatte. Die Ausrüstung der Armee, insbesondere was die panzerbrechenden Waffen betraf, war mangelhaft und zahlenmässig ungenügend. Die deutsche Kriegführung legte darauf auch nicht viel Wert, da sie die Ungarn – beim Vormarsch der Wehrmacht gegen Wolga und Kaukasus – lediglich als Flankenschutz am mittleren Don zu verwenden beabsichtigte.

Die 2. Armee wurde im Mai und im Juni 1942 im Raum Kursk zusammengezogen. Von hier aus entfaltete sie mit deutscher Unterstützung eine Offensive Richtung Don. Ende Juli 1942 hatte sie nach etlichem Geplänkel mit der sich zurückziehenden Roten Armee zwischen Woronesh-Süd und Pawlowsk-Nord (heute: Togliatti) den Fluss Don erreicht und sich dort zur Verteidigung eingerichtet. Die Front, die die Ungarn dort sichern mussten, hatte eine Breite von 208 Kilometern. Deutsche Eingreifdivisionen stützten die HKL der Ungarn, die – ausser der Panzerdivision – wegen Menschenmangel alle neun Divisionen in die erste Linie einsetzen mussten. Ende 1942 wurden die deutschen Reserven in der Folge der Schlacht um Stalingrad eine nach der anderen abgezogen und im Rahmen einer Entlastungsoffensive in Richtung Wolga eingesetzt.

General Jány wusste, dass er auf verlorenem Posten stand. Bereits in den Sommerschlachten – im August 1942 –, die zwecks Eliminierung der Don-Brückenköpfe der Roten Armee in drei Phasen stattfanden, zeigten sich die Unfähigkeit und der mangelnde Schwung der ungarischen Truppen. Nur die Verluste wuchsen. Da es zwischen Budapest und Berlin «vergessen» worden war, das Aufgebot der ungarischen 2. Armee zeitlich zu fixieren, musste sie auch im Herbst und Winter 1942 am Don ausharren. Dies wiederum hatte einen schlechten Einfluss auf die ohnehin niedrige Kampfmoral der ungarischen Soldaten, die im Grunde genommen nicht wussten,

Ungarische Soldaten am Don – 1942.

was sie, 1000 Kilometer von der Heimat entfernt, in Russland verteidigen sollten. Sie fühlten sich bereits als Opfer des «deutschen Krieges».

Im Januar 1943 kam dann das «Stalingrad der Ungarn». Starke sowjetische Verbände griffen bei Temperaturen von –20 Grad Celsius die unzureichend ausgebaute ungarische HKL an. Der Don war eingefroren und somit kein Hindernis. Innerhalb von drei Tagen, zwischen dem 12. und 15. Januar, wurde die Front der Ungarn an mehreren Stellen durchbrochen. Auffanglinien existierten nirgends. Die Armee zog sich – mit oder ohne Befehl – zurück, und dies endete in einer wilden Flucht. Am 24. Januar 1942 existierte die ungarische 2. Armee als Kampfverband nicht mehr. Sie musste aus der deutschen Front herausgelöst werden. Die Verluste waren verheerend: etwa 100 000 Mann waren gefallen, verwundet oder vermisst. 90 Prozent der Ausrüstung blieben auf dem Schlachtfeld zurück. Ende April/Anfang Mai 1943 durfte der Rest der 2. Armee in die Heimat zurückkehren. Er wurde aufgelöst. Generaloberst Jány, ein seelisch gebrochener Mann, ging in den Ruhestand. 1947 machten ihm die Kommunisten einen unfairen Prozess, dem seine Hinrichtung (27. November 1947) folgte.

Posthum rehabilitiert wurde er erst nach der politischen Wende in Ungarn 1992, wobei man ihn von einer Schuld an der verlorenen Schlacht am Don freisprach.

Peter Gosztony

UKRAINISCHE FÖDERATIVE REPUBLIK

Abbau der Armee

Im Jahre 1998 will die ukrainische Regierung 16 Prozent des «Ist»-Standes der Streitkräfte abbauen. Dies bedeutet, man plane 75 000 Personen zu entlassen. Damit würden in den Streitkräften insgesamt noch 400 000 Personen verbleiben. Bis Ende 1997 dienten in der ukrainischen Armee 366 000 Soldaten und 110 000 Zivilangestellte. Nach den Plänen des Verteidigungsministeriums werden nun bis Ende

Ukrainische Elitetruppen der National-Armee bei einer Parade.

1998 320 000 Soldaten und 80 000 Zivilbeschäftigte Dienst tun. Infolge dieser Reduktion werden 150 Bataillone aufgelöst, 300 Gebäude, die bisher für militärische Zwecke gedient hatten, den Zivilverwaltungen abgetreten.
Die Finanzlage der Militärausgaben würde aber weiterhin Probleme bereiten. Für die Offiziere, die nun aus der Armee entlassen werden, muss der Verteidigungsminister neue Wohnungen bauen, da diese bisher Militäranlagen benützt hatten. Das vorhandene Geld im Budget 1998 dient in erster Reihe für die Bezahlung des Militärpersonals und zum Bau neuer Wohnungen. Von einer Modernisierung der Streitkräfte kann nicht die Rede sein. *P. Gosztony*

USA, KASACHSTAN

USA und Kasachstan unterzeichnen Militärabkommen

Mitte November unterzeichneten die USA und Kasachstan in Washington D. C. mehrere Abkommen über militärische Angelegenheiten. Darunter befinden sich Verträge über die Fortsetzung der Zerstörung von Raketensilos und Jagdbombern (beide aus der Zeit der Sowjetunion) sowie über die nukleare Sicherheit in Kasachstan.
Der kasachische Präsident Nursultan Naserbajew und Verteidigungsminister William Cohen einigten sich zudem auf ein Austauschprogramm, einige Ausbildungsprogramme sowie den Transfer von US-Militärausrüstung im Wert von 1,5 Millionen US-Dollar in das zentralasiatische Land.
Bei diesen Vereinbarungen ging es Kasachstan vor allem um die Unterstützung im militärischen Rüstungs- und Ausbildungsbereich (Unabhängigkeit von Russland), während die USA eine erhöhte Sicherheit im nuklearen Bereich anstrebten. *-Rene-*

LITERATUR

Philip Kaplan/Jack Currie

Wolfsrudel

U-Boot-Krieg 1939–1945

1997, Hamburg, Berlin, Bonn, Verlag E. S. Mittler & Sohn, 240 Seiten, ISBN 3-8132-0540-1, 68 DM

In einem breiten Suchstreifen nähern sich mehrere U-Boote einem alliierten Geleitzug. Es beginnt ein Kampf, der sich während der Schlacht im Atlantik hundertfach wiederholt – ein «Wolfsrudel» von U-Booten greift Transporter des Gegners an, beschädigt oder versenkt sie und wird selbst zum Gejagten, wenn sich die Geleitfahrzeuge mit Artillerie und Wasserbomben wehren.
Dieses Szenario schildert der vorliegende Band erstmals mit einem grossen Farbfototeil. Briefe, Tagebuchaufzeichnungen und Gedichte lassen die dramatischen Ereignisse lebendig werden. Eindrucksvoll widerspiegeln sie den Bordalltag in der engen Stahlröhre, wo Routine, Dramatik und Heldentum genauso anzutreffen waren wie Anspannung, Furcht und Todesangst.
Farbaufnahmen von U 995 geben einen Einblick in den damaligen Stand der Entwicklung des meistgebauten U-Bootes der Welt, des Typs VII C. Porträts der Kommandanten und Fotos vom Bordalltag sind ebenso zu finden wie Aufnahmen der riesigen U-Boot-Bunker in Bordeaux, St. Nazaire, Lorient und Brest. Das Buch ist eine lebendige und realistische Schilderung des Lebens der Männer, die in den Tiefen des Atlantiks kämpften und starben. *H. P. Egli*

Larissa Wassiljewa

Die Kreml-Kinder
Lebensschicksale im Schatten der Macht

1997, Zürich, Orell Füssli Verlag
ISBN 3-280-02802-7, 264 Seiten, SFr. 39.80

Warum gelangte weder ein Sohn noch eine Tochter eines der sowjetischen Führer jemals an die Spitze der Staatsmacht? Weshalb versuchten sie es gar nicht, dorthin zu gelangen? Larissa Wassiljewa beschreibt die ergreifenden Lebensschicksale der Töchter und Söhne, deren Eltern an die Spitze der Staatsmacht in der ehemaligen Sowjetunion gelangt waren. Auf zeitgeschichtlichem Hintergrund werden geheimnisvolle Beziehungskisten geöffnet.
Kinder im Schatten ihrer dominanten Väter erzählen detailliert über ihr Leben, die an sie gestellten Ansprüche, ihre Stärken und Schwächen, Zwänge, Ängste und Sehnsüchte. In chronologischer Abfolge werden von Lenin bis Breschnjew Geschichten von sozialen Auf- und Absteigern präsentiert.
Die staatlichen Interessen wurden immer den Interessen der Familie vorangestellt. Stalin beobachtete aufmerksam alle, die in sein Gesichtsfeld gerieten. Trotzdem entwickelten sich eigenartige Gesetzmässigkeiten: Je mehr offensichtliche oder zugeschriebene historische Sünden die prominenten Väter der Stalin- und Chruschtschow-Zeit hatten, desto freier fühlten sich ihre Kinder. Sie führten ein Doppelleben, eines vor der Augen der Eltern, das andere in Bierhallen und Bars. Ausgeprägter Alkoholkonsum war in diesen Kreisen üblich. Die Lebensbedingungen verursachten einen Snobismus. Der Verlust von Privilegien und das Fallen in Ungnade riefen Erbitterung hervor und machten viele unglücklich.
In Kremlkreisen waren bestimmte Berufe in Mode. Während der Stalin-Zeit waren Fliegerberufe besonders angesehen. In den sechziger Jahren wollten viele Kreml-Kinder Kosmonauten werden. Später stürzten sie sich in die internationalen Beziehungen. Sohn und Tochter von Breschnjew, der Sohn Andropows und andere wurden zu Diplomaten. In der Zeit der langsamen Öffnung des Eisernen Vorhanges wurde die Arbeit im Ausland zum Prestige.
Mit der Epochenwende nach dem Tode Stalins begann Chruschtschow, das eiserne stalinistische System mit der Festigung der Familien der Kremlführer zu zerstören. Mit ihm wurde auch die jahrhundertelange Tradition des Gründers von Moskau, Juri Dolgoruki, aufgegeben: Seit der Gründung der Stadt war der Kreml nicht nur Zentrum der Macht, sondern auch Familienhaus der Privilegierten. Chruschtschow brachte sie weg aus dem Kreml.
Erfolg und Misserfolg lagen nahe beieinander. Der übermächtige sowjetische Geheimdienst KGB konnte als Beschützer walten, aber gleichzeitig auch als Schnüffler bedrohlich werden. Privilegien waren immer an Positionen und Posten gekoppelt, niemals an Personen. Verlor man seine Stellung, musste man am gleichen Tag die Datscha, den Dienstwagen und andere Vergünstigungen abgeben. Die Familien der an der Spitze gebliebenen Führer unterbrachen jegliche Kontakte mit den Familien der Gestürzten.
Die in leichter und sehr lebendiger Form geschriebene Publikation legt ein einzigartiges Zeugnis bisher unbekannter sowjetischer Vergangenheit ab. Nicht nur werden das umfangreiche Beziehungsnetz der Nomenklatura und biographische Einzelheiten präsentiert, sondern Meilensteine sowjetischer Geschichte von einer intimen Seite neu beleuchtet. *D. Kläy*

Gottfried Stein

Endkampf um Kurdistan

Die PKK, die Türkei und Deutschland, 1994, München, mvg-Verlag, ISBN 3-87959-510-0, 220 Seiten, SFr. 30.50

Dieses dem kurdischen Befreiungskampf und dessen terroristischen Auswüchsen und Spuren in Deutschland gewidmete Werk ist zwar schon über drei Jahre alt. Dennoch hat es vor allem in den letzten Monaten mit den Diskussionen über die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union an Aktualität gewonnen.
Das Werk bietet eine ausführliche Darstellung der Geschichte und Struktur der kurdischen Arbeiterpartei PKK und deren Auseinandersetzung mit dem türkischen Staat. Sehr interessant ist zudem der Teil über die Arbeit der kurdischen Organisationen in Deutschland, die sich – alle von der PKK gelenkt – vor allem der Propaganda und der Finanzierung des Befreiungskrieges widmen.
Etwas vorsichtiger sollte der Leser mit den wertenden Beurteilungen des Autors umgehen. Zwar verweigert er, ein ausgewiesener Kenner der Verhältnisse in der Türkei, im Vorwort die Antwort auf die selbstgestellte Frage, wie er zur PKK stehe. Diese lässt sich im Werk aber nicht länger verbergen. Einerseits kann er seine innerdeutschen parteipolitischen Interessen nicht vertuschen, an der Aussenpolitik Deutschlands gegenüber der Türkei lässt er kein gutes Haar; anderseits unterhält er offenbar gute Kontakte zu PKK-Vertretern. Er verniedlicht zwar die brutalen Aktivitäten der kurdischen Terroristen keinesfalls, geht aber sehr ausführlich auf deren Rechtfertigung für solche Greueltaten ein. Wenig Raum verwendet er demgegenüber für die Darstellung der Position des türkischen Staates, die bloss in der Form von Auszügen aus einer Publikation des regierungsfreundlichen türkischen Journalistenverbandes wiedergegeben wird.
Interviews mit in Deutschland lebenden kurdischen Aktivisten und mit ins Kurdengebiet gereisten Deutschen, die von ihren Erlebnissen mit den türkischen Sicherheitskräften erzählen, ergänzen das recht spannend geschriebene Werk. *L. Amiet*

Uwe Hartmann/Christian Walther (Hg.)

Der Soldat in einer Welt im Wandel

Ein Handbuch für Theorie und Praxis, 1995, Landsberg a. Lech, Olzog Verlag, 474 Seiten, ISBN 3-7892-8250-2, SFr. 91.–

Das Werk wagt den Versuch, die Verantwortung des Soldaten für die Freiheit und die demokratische Ordnung eines Landes in einem grösseren Rahmen und einem breiten Themenspektrum zu behandeln. Als übersichtliches Handbuch ist es vor allem für die Kader der deutschen Bundeswehr bestimmt. In den grundsätzlichen Fragen können die Aussagen zum Teil zutreffend auch die Angehörigen der Schweizer Armee ansprechen.
Die Beiträge beschreiben die geänderte weltpolitische Lage seit Ende des Kalten Krieges und die Auswirkungen auf die Aufgabe, Arbeit, Ausbildung und Funktion der Bundeswehr. Wichtige Einflüsse wie etwa der neue Nationalismus in Osteuropa, der religiöse Fanatismus oder die Migrationsströme werden ausführlich dargestellt. Behandelt werden u a die wichtigen Themen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Rolle der Bundeswehr bei UN-Missionen oder auch der «Weltbürger in Uniform». Neben Beiträgen zur Führung und Organisation der Bundeswehr, zum Bereich Innere Führung, Motivation und Partizipation werden auch ethische Sinnbezüge des Soldatseins sowie Fragen der Ausbildung und der soldatischen Selbsterziehung behandelt. *E. Hofstetter*